

### 5.8 Armutsverhinderung durch Gesellschaftsveränderung

Die in Öffentlichkeit, Politik und Massenmedien zirkulierenden Vorschläge zur Verringerung der Kinderarmut reichen von aus dem Mund einer Ministerin leicht zynisch wirkenden Tipps für Hartz-IV-Bezieher/innen, wie sie ihre Kinder mit Eintopf statt mit Fast Food billiger und gesünder ernähren könnten,<sup>179</sup> bis zu Rufen nach umfassender staatlicher Alimentierung der Mutterschaft. So forderte Christa Meves, Kinderpsychologin und Mitherausgeberin des *Rheinischen Merkurs*, bereits Mitte der 90er-Jahre in der rechtsextremen Wochenzeitung *Junge Freiheit* ein Programm zur Sanierung der Familie und zur Unterstützung der Kinder: „Zur Elternschaft sollte in Kursen ausgebildet werden. Für die Mütter sollten sie als Ausbildung zum Beruf ‚Mutter‘ mit einer Abschlußprüfung gewertet werden. (...) Die Mutter wird als eine Beamtin von größter Wertigkeit anerkannt und mit einer Pension bedacht.“<sup>180</sup>

Neben solchen kuriosen Empfehlungen wurden in der Diskussion über (Kinder-)Armut eine ganze Fülle sinnvoller Ideen entwickelt.<sup>181</sup> Besonders seit langem auf diesem Feld engagierte Verbände, sei es der Deutsche Kinderschutzbund, das Deutsche Kinderhilfswerk, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef Deutschland) oder der Paritätische Wohlfahrtsverband, aber auch die im „Zukunftsforum Familie“ zusammengeschlossenen Organisationen,<sup>182</sup> taten sich damit hervor, stießen bei der Bundesregierung

179 Vgl. z.B. Renate Schmidt, „Armut hängt nicht nur vom Geld ab“, in: Bild am Sonntag v. 27.2.2005; Claudia Lehnen, „Dann gibt es arme Ritter“. Wie gesund kann eine Mutter, die mit Hartz IV auskommen muss, ihre Kinder ernähren?, in: Kölner Stadt-Anzeiger v. 17.8.2007

180 Christa Meves, Der Widerstand der Familie, in: Junge Freiheit v. 21.1.1994

181 Vgl. z.B. Martin Spiewak, Kita kostenlos! – Gespräch mit Thomas Rauschenbach, dem Leiter des Deutschen Jugendinstituts, in: Die Zeit v. 7.12.2006; Detlef Kolze, Gewerkschaft beklagt große Kinderarmut in Bremerhaven. Appell an Senat: Kostenloses Essen in Schulen gewährleisten, in: Weser-Kurier/Bremer Nachrichten v. 3.1.2007; Sven Loerzer, Sozialhilfe-Empfänger bekommen mehr Geld. Laut Gutachten darf der Betrag von 347 auf 371 Euro steigen – 17000 Münchner profitieren davon, in: Süddeutsche Zeitung v. 27.2.2007; Dorothea Siems, Kinderschutzbund verlangt mehr Hilfen für arme Kinder. Trotz der Hochkonjunktur steigt die Zahl von Jugendlichen, die auf Sozialgeld angewiesen sind – Ruf nach schnellerem Ausbau der Ganztagsbetreuung, in: Die Welt v. 28.8.2007

182 Vgl. z.B. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V. (Hrsg.), „Zum Leben zu wenig ...“ – Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe. Expertise von Dr. Rudolf Martens: Der Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für einen sozial gerechten Regelsatz als sozialpolitische Grundgröße. Neue Regelsatzberechnung 2006, Berlin, 19. Mai 2006; „Wir brauchen eine Politik, die alle Kinder fördert“. Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft, Kinder müssen vor Armut geschützt und ihre Bildung muss endlich ordentlich finanziert werden/Ein Appell an die Bundesregierung, in: Frankfurter Rundschau v. 15.5.2007

jedoch weitgehend auf taube Ohren. Eine durchdachte Konzeption fehlt der Politik bisher ebenso wie eine realistische Umsetzungsstrategie, und der mehrfach überholte Nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ reicht nicht aus, um einen Durchbruch zu erzielen. Erschwert wird der Kampf gegen die Kinderarmut durch eine „Zersplitterung der Verantwortlichkeiten“ im föderalen System, die Gabriele Hiller-Ohm beklagt: „So ist der Bund beispielsweise für die Festlegung des Existenzminimums zuständig, die Länder bestimmen über die bildungspolitischen Rahmenbedingungen und die Kommunen organisieren die Kinderbetreuung.“<sup>183</sup> Hiller-Ohm fordert daher ein gesamtstaatliches „Bündnis gegen Kinderarmut“, dessen Ausgangspunkt das Kindeswohl sein soll: „Bund, Länder und Gemeinden müssen sich im Rahmen dieses Bündnisses auf gleichwertige Standards einigen, die dann für alle Kinder in Deutschland, unabhängig vom jeweiligen Bundesland, in dem sie leben, gelten und umgesetzt werden.“<sup>184</sup>

Will man nicht nur die Auswüchse der (Kinder-)Armut mildern, sondern die ökonomischen und sozialen Wurzeln für ihre Fortexistenz beseitigen, muss die mehrfache Spaltung in Deutschland durch eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft aufgehoben werden. Kinderarmut darf vor allem nicht isoliert gesehen, sollte vielmehr in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen gestellt werden, will man das Problem als solches begreifen und mit Erfolg bekämpfen. Hierzu gehört auch, die soziale Ungleichheit allgemein zu thematisieren, weil sie eine ständig sprudelnde Quelle für Armut, Unterversorgung und Not darstellt. Heute trifft es vorwiegend Familienhaushalte, Kinder und Jugendliche; morgen oder übermorgen sind es vielleicht schon andere Gesellschaftsgruppen bzw. Alterskohorten, die unter materiellen Entbehrungen und sozialer Ausgrenzung leiden.

Vieles spricht dafür, dass sich die demografische Struktur der Armutspopulation aufgrund der Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, der zahlreichen Kürzungen im Sozialbereich (z.B. Wegfall der Arbeitslosenhilfe und Verringerung des Schonvermögens durch Hartz IV; drastische Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge, welche die Bundesagentur für Arbeit im Falle der Erwerbslosigkeit entrichtet; Senkung des Rentenniveaus durch den als „Nullrunde“ verharmlosten Verzicht auf die jährliche Rentenanpassung 2004 ff.; Einführung des sog. Nachhaltigkeitsfaktors, des sog. Nachholfaktors und der nachgelagerten Rentenbesteuerung; Fälligwerden höherer Abschläge durch die Anhebung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre), aber auch des Anstiegs von Scheidungen und der Zahl aufgrund ihrer geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse unzureichend gesicherter Frauen wieder mehr in Richtung der Älteren verschiebt. Außerdem dürften vor allem Frauen in den ostdeutschen Bundesländern nie mehr ähnlich günstige Erwerbsbiografien aufweisen wie sog. Bestandsrentner/innen, die zu DDR-Zeiten erwerbstätig

---

183 Gabriele Hiller-Ohm, *Kinderarmut bekämpfen*, a.a.O., S. 48

184 Ebd.

waren. Es ist zu befürchten, „dass rentennahe Jahrgänge und Neuzugänge in zunehmendem Maße Bürger mit Armutsrisiken einschließen werden. Nicht zuletzt deshalb, weil die Chancen Über-50-Jähriger auf entsprechende Vorsorge stark eingegrenzt sind, ebenso wie Zugriffe auf eigenes Vermögen.“<sup>185</sup>

Neuerdings thematisieren auch die Massenmedien häufiger das Problem einer künftig drohenden Altersarmut, welches sie jedoch nicht selten fälschlicherweise auf die Überforderung der Gesetzlichen Rentenversicherung und des Generationenvertrages zurückführen.<sup>186</sup> Für eine (Re-)Seniorisierung der Armut spricht schließlich, dass in der Diskussion über die nächste Rentenreform radikale Vorstellungen bezüglich der Privatisierung sozialer Risiken an Boden gewinnen dürften, weil ihre Protagonisten nicht nur die Demografie als Mittel der Demagogie, sondern auch die Unterversorgung vieler Familien als Waffe im sich zuspitzenden gesellschaftlichen Verteilungskampf benutzen: So wird unter Hinweis auf die heute angeblich bestehende Generationenungerechtigkeit eine weitere Kürzung von Altersrenten verlangt, staatliche „Sparpolitik“ legitimiert und Kinderarmut im Sinne einer Spaltung der Armutspopulation in Jung und Alt instrumentalisiert.<sup>187</sup>

Um die Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland zu reduzieren, sollte eine politische Doppelstrategie verfolgt werden: Man muss einerseits mehr (sozialversicherungspflichtige) Vollzeit Arbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen bzw. Gehältern für Männer und Frauen bzw. Mütter und Väter sowie andererseits mehr beitragsfreie bzw. bezahlbare öffentliche (Ganztags-)Betreuungseinrichtungen für Kinder schaffen, möglichst nicht nur die Ersteren dort und die Letzteren hier. Längerfristig sollte ein neues, zukunftsfähiges Normalarbeitsverhältnis konstituiert und gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass die Normalfamilie ihre frühere Monopolstellung im Rahmen der sozia-

185 Gunnar Winkler, Die Region der neuen Alten. Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005, Berlin 2006, S. 308

186 Vgl. z.B. Zeitbombe Altersarmut. Minister fordert Reformen im Rentensystem und Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern, in: Ruhr-Nachrichten (Dortmund) v. 10.5.2007; Altersarmut trotz Riester. Privatvorsorge lohnt sich für Geringverdiener gar nicht, weil sie mit staatlicher Grundsicherung verrechnet wird, in: taz v. 11.1.2008; Daniela Kuhr, Arm und alt. Die Politik verdrängt, dass künftig immer mehr Menschen von ihrer Rente nicht mehr leben können, in: Süddeutsche Zeitung v. 14.1.2008; Elisabeth Niejahr, Alt werden wir später ... .. und arm vielleicht auch: Drei gebildete Menschen, denen es gut geht – doch ihre Rente ist alles andere als sicher, in: Die Zeit v. 21.2.2008; Rainer Rudolph, Die finanzielle Not im Alter wächst. Seniorenvertreter warnen vor Entwicklung, in: Kölner Stadt-Anzeiger v. 8./9.3.2008; Simone Weidner, Frau plus alt gleich arm? – Frauen nutzen noch zu wenig die staatlich geförderte Altersvorsorge. Schon heute sind 30 Prozent der alleinstehenden Rentnerinnen von Armut bedroht, in: taz v. 15./16.3.2008

187 Vgl. dazu: Michael Klundt, Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? – Polariserte Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien, Mit einem Vorwort von Christoph Butterwegge, Wiesbaden 2007

len Sicherung für Frauen, Mütter bzw. Kinder verliert und ein alle Lebens- und Liebesformen erfassendes Wohlfahrtsregime etabliert wird.

Ein flächendeckendes Netz von öffentlichen Ganztagsbetreuungseinrichtungen schon für Unter-2-Jährige, die Gemeinschaftsschule als dominante Schulform und eine soziale, bedarfsabhängige Grundsicherung für Kinder bilden einen politischen Dreiklang (G-G-G), um deren Armut nachhaltig zu verringern. Eine so wohlhabende, wenn nicht reiche Industrienation wie Deutschland, die den Anspruch erhebt, dafür zu sorgen, dass junge Menschen – gleich welcher Herkunft – ohne materielle Entbehrungen aufwachsen, muss entsprechend handeln. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs- sowie Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik können zwar die Not der Betroffenen lindern, aber kaum verhindern, dass die Kluft zwischen Arm und Reich fortbesteht und den inneren Frieden gefährdet. Kinderarmut wirksam zu bekämpfen heißt nicht zuletzt, mit dafür zu sorgen, dass Strukturen sozialer Ungleichheit für immer beseitigt werden. Es bedarf einschneidender Reformen und entschlossener Schritte der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen, um das weder individuell verschuldete noch schicksalhafte, sondern gesellschaftlich bedingte Problem zu lösen. Dafür unbedingt erforderlich wäre ein Paradigmawechsel vom „schlanken“ zum interventionsfähigen und -bereiten Wohlfahrtsstaat.<sup>188</sup>

Armutsbekämpfung kostet viel Geld: Um die Handikaps der Kinder aus sozial benachteiligten Familien im Wohn-, Bildungs-, Gesundheits- und Freizeitbereich ausgleichen zu können, braucht man mehr Finanzmittel, als sie ein „schlanker Staat“, der die (Gewinn-)Steuern immer weiter senkt, zur Verfügung hat. Da die im Zeichen der Globalisierung tendenziell zunehmende Armut mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einhergeht, ja geradezu dessen Kehrseite bildet,<sup>189</sup> kann sie nur durch konsistente und miteinander kompatible Maßnahmen einer Umverteilung „von oben nach unten“ beseitigt werden. Sinnvoll wäre die Wiedererhebung der nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von der CDU/CSU/FDP-Koalition zum 1. Januar 1997 ausgesetzten Vermögensteuer. Sie ist keineswegs abgeschafft, sondern steht nach wie vor in der Verfassung (Art. 106 Abs. 2 GG) und würde nicht bloß der Steuergerechtigkeit dienen, sondern könnte auch entscheidend dazu beitragen, die Länder finanziell handlungsfähiger zu machen. An die Stelle des mit hohen Kosten der Vereinigung begründeten Solidaritätszuschlages (für alle Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen)

---

188 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. Aufl. Wiesbaden 2006, S. 267ff.

189 Vgl. dazu: Karl Georg Zinn, *Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel*, 4. Aufl. Köln 2006; Sahra Wagenknecht (Hrsg.), *Armut und Reichtum heute. Eine Gegenwartsanalyse*, Berlin 2007

müsste eine zeitlich befristete Vermögensabgabe für Kapitaleigentümer und Besserverdienende treten, wie sie Herbert Ehrenberg vorschlägt.<sup>190</sup>

Brigitte Stolz-Willig nennt die oben angeführten Reformschritte ergänzende Maßnahmen, die der Exklusion prekär Beschäftigter und Familienarbeit leistender Personen aus dem Schutz des sozialen Sicherungssystems begegnen sollen:

- „Stärkung der Finanzierungsbasis des sozialen Sicherungssystems, indem hohe Einkommen und (Kapital-)Vermögen in die Beitragspflicht einbezogen werden;
- Stärkung der Versicherungsbiografien über Einbezug aller Formen der Erwerbstätigkeit und perspektivisch die Einführung einer Mindestbeitragspflicht für alle Personen im erwerbsfähigen Alter;
- Einbezug gesellschaftlich erwünschter und regulierter Phasen der Nichterwerbstätigkeit (Erziehung, Pflege, Qualifizierung) in den Risikoausgleich;
- Einbau einer bedarfsorientierten Mindestsicherung in die Arbeitslosenversicherung.“<sup>191</sup>

Eine kapitalistische Ökonomie, die auf Konkurrenz basiert und profitorientiert ist, schließt soziale Ungleichheit ein, hingegen nie aus, dass (junge) Menschen verarmen. Sie kann allerdings mehr oder weniger „kinder-“ bzw. „familienfreundlich“ gestaltet werden.<sup>192</sup> Dauerhaft lässt sich Kinderarmut nur verhindern, wenn die Öffentlichkeit für das Problem sensibilisiert und auch für radikale Forderungen zu seiner Lösung mobilisiert, das Netz der sozialen Sicherung armutsfest gemacht und die Gesellschaft durch Strukturformen grundlegend verändert wird.

Mittels einer Bürgerversicherung, die allgemein, einheitlich und solidarisch sein müsste,<sup>193</sup> könnte die berufsständische Gliederung des Bismarck'schen Sozialstaates endgültig überwunden und gleichzeitig sein Fundament verbreitert werden, ohne von der Systemlogik abzugehen. Ergänzend

190 Vgl. Herbert Ehrenberg, Erfolgreiche Armutsbekämpfung braucht neue Finanzierungsgrundlagen, in: Stefan Sell (Hrsg.), Armut als Herausforderung. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Armutforschung und Armutsberichterstattung, Berlin 2002, S. 462

191 Brigitte Stolz-Willig, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit oder: Familienarbeit neu bewerten – aber wie?, a.a.O., S. 223

192 Siehe dazu exemplarisch: Michaela Hellmann u.a., Familien- und Kinderfreundlichkeit. Prüfverfahren, Beteiligung, Verwaltungshandeln. Ein Praxishandbuch für Kommunen, hrsgg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart 2002; Christine Henry-Huthmacher/Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Politik für Familien. Wege in eine kinderfreundliche Gesellschaft, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2006

193 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Bürgerversicherung – Alternative zum neoliberalen Umbau des Sozialstaates?, in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Hrsg.), Das Prinzip Bürgerversicherung. Die Zukunft im Sozialstaat, Wiesbaden 2005, S. 29ff.

zu einer solchen Bürgerversicherung, die alle Wohnbürger/innen mit ihren sämtlichen Einkommen und Einkunftsarten (möglichst ohne Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen) zur Finanzierung der nötigen Leistungen im Sozial- bzw. Gesundheitsbereich heranzieht, bedarf es einer sozialen Grundsicherung (für Kinder), die das Existenzminimum ohne entwürdigende Antragstellung und bürokratische Bedürftigkeitsprüfung sicherstellt. Zu hoffen bleibt, dass dieses Modell durch die im SGB XII verankerte „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ sowie die im SGB II kodifizierte „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nicht für immer diskreditiert ist.

Damit die Sozialhilfeempfänger/innen nicht stigmatisiert werden, sollte es eine Grundsicherung für sämtliche Bedürftige auf demselben Leistungsniveau und zu gleichen Bedingungen geben. Hierbei würde das Einkommen eines Haushaltes mit Kindern so weit aufgestockt, dass deren Versorgung staatlicherseits gesichert wäre. Wegen der negativen Erfahrungen mit Hartz IV wurde in linken, systemkritischen Kreisen zuletzt wieder häufiger die Forderung nach einem *bedingungslosen* Grundeinkommen erhoben, auch oder sogar gerade für Kinder.<sup>194</sup> In denselben Zusammenhang gehören Modelle wie das von Dieter Althaus propagierte „Solidarische Bürgergeld“ und vergleichbare Konzepte, etwa das des Drogeriemarktkettenbesitzers Götz W. Werner.<sup>195</sup> Ob eine Universalleistung, die alle Einwohner/innen aufgrund ihres Bürgerstatus ohne Bedarfs- bzw. Bedürftigkeitsnachweis bekämen, überhaupt sinnvoll, finanzierbar und realisierbar ist, erscheint jedoch mehr als fraglich.<sup>196</sup>

---

194 Vgl. z.B. Werner Rätz/Dagmar Paternoga/Werner Steinbach, Grundeinkommen: bedingungslos, Hamburg 2005; Kai Ehlers, Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft, Dornach 2006; Andreas Exner/Werner Rätz/Birgit Zenker (Hrsg.), Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien 2007; Thea Dückert, Eine Grundsicherung für die Kinder. Statt mit einem Wirrwarr von Maßnahmen die Familien zu fördern, sollte der Staat für jedes Kind 300 Euro zahlen. Bedingungslos, in: Die Zeit v. 27.9.2007

195 Vgl. Michael Borchard (Hrsg.), Das Solidarische Bürgergeld. Analyse einer Reformidee, Stuttgart 2007; Götz W. Werner, Einkommen für alle, Köln 2007

196 Vgl. zur Kritik: Christoph Butterwegge, Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52/2007, S. 25ff.